

# Spielberger Nachrichten

amtliche Mitteilung

Nummer 12, November 2012. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



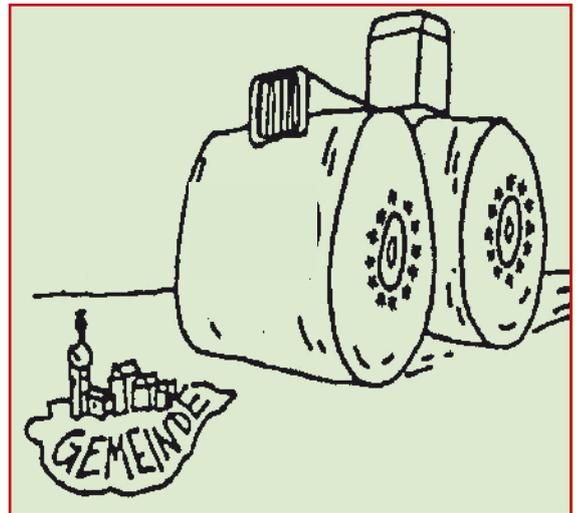
## Gemeinden: Nein zu Zwangszusammenlegungen!

Voves und Schützenhöfer wollen Gemeindezusammenlegungen. Die Wirtschaft will sogar eine „Aichfeld-Stadt“. Das Land schlägt die Zusammenlegung von Knittelfeld, Spielberg, Apfelberg, Kobenz und Flatschach vor. Der Spielberger Gemeinderat ist für eine Fusion mit Flatschach, ansonsten aber für die Eigenständigkeit unserer Gemeinde. Nun kommt es darauf an, wie standhaft unsere SPÖ und ÖVP-GemeindevertreterInnen sich gegenüber den Wünschen ihrer Parteispitze zeigen.

**Das** Land lockt mit Fusionsprämien und droht mit Zwangszusammenlegungen. ÖVP-LH-Stellvertreter Schützenhöfer legte im Landtag klar: „Es soll keinen Zwang geben, aber es wäre unredlich zu sagen, es wird ihn nicht geben“.

**In** den Gemeinden besteht die größte Nähe zur Politik und zu den PolitikerInnen. Die Politik ist durchschaubarer und es gibt die meisten Möglichkeiten zur Mitgestaltung. In den Gemeinden gibt es auch die größte Bereitschaft zu Engagement und Ehrenamtlichkeit. Je größer eine Gemeinde ist, desto mehr geht das alles verloren.

**Was** wir bräuchten, wäre eine ehrliche und vollständige Auflistung aller Vor- und Nachteile. Aber von der Landes-SPÖ und ÖVP und in den Medien hört man meist nur Jubelmeldungen über die angeblich so großen Chancen und Verbesserungen durch Gemeindezusammenlegungen. Hier geht es um viel – um die Zukunft unserer Stadt und unserer Region. Deshalb ist gesunde Skepsis besser als den Jubelmeldungen auf dem Leim zu gehen. Denn in den letzten Jahren war alles, was uns als „Reform“ verkauft wurde, in Wahrheit eine Verschlechterung für die arbeitenden Menschen.



### Die Haltung der KPÖ

- ➔ **Ja zur regionalen Zusammenarbeit.  
Nein zur Zwangszusammenlegung von Gemeinden und Bezirken**
- ➔ **Es darf zu keiner Verschlechterung (z.B. Gebührenerhöhungen, Rücknahme von Leistungen.....) für die Bevölkerung kommen**
- ➔ **Das öffentliche Eigentum (Wasser, Kanal, Wohnungen...) muss erhalten bleiben**
- ➔ **Umfangreiche Information und offene Diskussion über die Vor- und Nachteile von Zusammenlegungen**
- ➔ **Verbindliche BürgerInnenbefragungen vor der Zusammenlegung**
- ➔ **Stärkung der Gemeindefinanzen durch eine massive Besteuerung von Vermögen und Gewinnen und einen Anteil für die Gemeinden an diesen neuen Steuereinnahmen**

## Fehlender Lärmschutz



**Ein** Gemeindebürger hat uns aufmerksam gemacht, dass es in Lind entlang der Bahn im Bereich der Schule an Lärmschutzmaßnahmen fehlt. KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding hat im Gemeinderat auf dieses Problem hingewiesen.

**Der** Bürgermeister antwortete, die Gemeinde sei in dieser Sache bereits einmal an die ÖBB herangetreten. Es gäbe eine - allerdings nur mündliche - Zusage der ÖBB, den Lärmschutz in diesem Bereich in die Planungen für das Jahr 2014 aufzunehmen.

**Damit** diese Pläne auch wirklich 2014 umgesetzt werden, wäre es hilfreich, wenn sich viele BürgerInnen an die ÖBB wenden um den Lärmschutz einzufordern.

## Für ein Verbot des Automatenglücksspiels



**Die** KPÖ kämpft seit Jahren gegen das Automatenglücksspiel, das so genannte „kleine Glücksspiel“.

**Die** Steiermark hat alle rechtlichen Möglichkeiten aus dem „kleinen Glücksspiel“ auszusteigen.

**KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding hat** angeregt, der Gemeinderat solle sich für die Abschaffung des kleinen Glücksspiels einsetzen.

**In** den Gemeinden Knittelfeld und Zeltweg wurde auf Initiative der KPÖ bereits eine Resolution für ein Verbot des Automatenglücksspiels beschlossen. Es wäre positiv, wenn auch der Spielberger Gemeinderat in dieser Sache aktiv wird.

**Die** Unterstützung wäre dringend nötig. Denn die Anträge der KPÖ zum Ausstieg aus dem „kleinen Glücksspiel“ auf Landes- und Bundesebene wurden im Landtag von SPÖ und ÖVP in einen Unterausschuss - und damit auf die „lange Bank“ - geschoben. Trotz der Parteitagebeschlüsse der SPÖ auf Landes- und Bundesebene zum Verbot des „kleinen Glücksspiels“ wurde bis heute nicht einmal der Glücksspiel-Unterausschuss des Landtages einberufen. Jede Unterstützung ist wichtig, damit es endlich heißt: „game over“ für das Automatenglücksspiel und die Geschäftemacherei mit der Spielsucht.

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: KPÖ-Hausdruckerei, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Unsere Homepage: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

## Leserbrief



**Ich** habe im Sommer auf der Stolzalpe ein neues Hüftgelenk bekommen. Ein Spitalsaufenthalt bietet Gelegenheit für einen etwas tieferen Einblick.

**Ab** nächstes Jahr wird die interne Abteilung der Stolzalpe geschlossen, die Betten der Orthopädie werden reduziert. Das ist Teil des Schließungskonzeptes der SPÖ/ÖVP-Landesregierung für die steirischen Spitäler. Das LKH Knittelfeld ist dann das einzige Krankenhaus in unserer Region mit einer internen Abteilung, auch hier werden Betten reduziert.

**Bei** den Protesten gegen die Schließung wurde von der ärztlichen Leitung immer wieder gewarnt, wie wichtig die Interne für den Bestand der Stolzalpe ist. Die PatientInnen werden immer älter, Komplikationen dadurch häufiger. Eine interne Abteilung im Haus gibt zusätzliche Sicherheit.

**Ich** habe gesehen, dass viele PatientInnen weit über Siebzig oder Achtzig sind. Eine ältere Patientin wurde auf Grund von Komplikationen auf die Interne verlegt. Wie wird das in Zukunft sein? Dann steht den betagten Menschen wohl ein längerer Transport nach Knittelfeld bevor. Dort gibt es eine Interne, aber nicht die orthopädische Erfahrung der Stolzalpe.

**Die** Schließungspläne werfen ihre Schatten voraus. Einige der Beschäftigten sehen sich nach anderen Arbeitsmöglichkeiten um. Das bedeutet persönliche Veränderungen und eine Schwächung für die Region Murau.

**Die** Stolzalpe hat einen sehr guten Ruf. Ich möchte auch in Zukunft dort behandelt werden. Die Spitals-Pläne von SPÖ und ÖVP gefährden dies. Sie sind ein Schaden für die PatientInnen und die Region.

**Die** Pläne für die Stolzalpe sind nur ein Teil des Schließungs- und Privatisierungskonzeptes für die steirischen Spitäler. Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Österreich an der Gesundheit von Menschen gespart wird.

Renate Pacher, Knittelfeld

## Sträucher ragen in den Radweg



**Schon** während des Sommers gab es Beschwerden, dass die Sträucher entlang des Radweges von Spielberg nach Flatschach in die Fahrbahn ragen. Ein Teilbereich wurde geschnitten, aber im Bereich des Eingangs zum Red-Bull Ring ist die Situation unverändert.

**Nachdem** dies auch eine Gefahrenquelle ist, hat KPÖ-GR Erich Wilding diese Sache im Gemeinderat im September angesprochen. Der Bürgermeister antwortete, es gäbe ein Schreiben an den zuständigen Eigentümer und die Zusage, dass geschnitten werde. Zu Redaktionsschluss unserer Zeitung war dies leider noch immer nicht der Fall.

## Darlehen Wirtschaftszentrum: Tilgung um weitere zwei Jahre verschoben

**Die** Gemeinde hat zur Finanzierung des Wirtschaftszentrums ein Darlehen von rund 4,4 Millionen Euro aufgenommen. Auf Grund der schlechten Finanzlage der Gemeinde wurde die Tilgung dieses Darlehens immer wieder hinausgeschoben. Es werden nur die Zinsen bezahlt, die Kreditsumme selbst bleibt stehen. Durch diese Verlängerungen hat sich der Zinsaufschlag, den die Bank berechnet, erhöht. Das Darlehen wird immer teurer.

**Nun** wurde beschlossen das Darlehen um weitere zwei Jahre zu verlängern. Die Laufzeit verlängert sich dadurch auf 30.6.2033. Durch den zusätzlichen Zinsaufschlag verteuert sich das Darlehen auf die Gesamtlaufzeit gerechnet um rund 100.000 Euro.

**Um** eine Verlängerung durchführen zu dürfen, musste die Genehmigung der Gemeindeaufsicht des Landes eingeholt werden. Diese hat nur die Verlängerung auf weitere zwei Jahre bewilligt.

**Mit** dieser Verlängerung werden die Finanz-Probleme nur hinausgeschoben, aber nicht gelöst. Und die Bank verdient gut dabei. Spielberg hat, wie mehr als die Hälfte der steirischen Gemeinden, einen Abgang im Gemeindehaushalt. Wenn die Gemeinden nicht endlich mehr Geld von Bund und Land bekommen, welches aus einer Vermögensbesteuerung kommen muss, dann sieht die Zukunft nicht rosig aus.

**Liebe  
Spielbergerinnen  
und Spielberger!**

**Gemeinde-  
zusammenlegung -  
und alles wird gut?**

**Bei** der Bezirkszusammenlegung haben die Spitzen von SPÖ und ÖVP schon die Gangart vorgezeigt: Im Aichfeld gab es keine einzige öffentliche Informationsveranstaltung über die Zusammenlegung. Nach der Meinung der Bevölkerung wurde nicht gefragt. Soviel zum Stellenwert der Demokratie.

**Die** meisten Gemeinden sind historisch gewachsene Einheiten, die sich in den letzten Jahrzehnten eigenständig entwickelt haben. Eigene Kindergärten, Schulen und andere Gemeindeeinrichtungen wurden eröffnet. Vor kurzem wurde Spielberg mit dem Segen des Landes zur Stadt erhoben - und plötzlich wird alles in Frage gestellt.

**Es** wird so getan, als ob durch größere Gemeinden die Probleme der Regionen gelöst würden. Das ist Wunschdenken oder bewusste Fehlinformation. Der Topf der Mittel für die Gemeinden ist gedeckelt. Bekommen einige Gemeinden mehr, dann geht das zu Lasten von anderen Gemeinden – ein Nullsummenspiel.

**LH Voves** redet von einem Sparpotenzial von 45 Millionen Euro pro Jahr (!) durch Gemeinde- und Bezirkszusammenlegungen. Das geht nur durch massive Einschnitte bei den Arbeitsplätzen, der Infrastruktur und den Leistungen für die Bevölkerung. Wie soll das die Regionen stärken?

**Die** KPÖ ist nicht grundsätzlich gegen Gemeindezusammenlegungen, wenn diese sinnvoll sind, von den BürgerInnen gewollt werden und zu einer Verbesserung für die Bevölkerung führen. **Das ist bei den jetzigen Plänen nicht zu erwarten.**

**Was** jetzt als „Reform“ verkauft wird, ist in Wahrheit ein Freispiel von Millionen an öffentlichen Mitteln, die hier eingespart und dann zur Banken-, Euro- und Kapitalismus-Rettung umgeleitet werden.

**meint Ihr KPÖ-Gemeinderat  
Erich Wilding  
Kontakt: erich.wilding@hotmail.com**





## Zebrastrifen: leider nein



Besorgte Eltern wünschten sich für einen sicheren Schulweg ihrer Kinder Zebrastrifen im Bereich der Bushaltestelle Birkachweg. KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding hat dieses Anliegen im Gemeinderat vorgebracht. Die Spielberger Straße ist eine Landesstraße. Die Entscheidung über Zebrastrifen liegt daher beim Land. Die Gemeinde hat ein entsprechendes Ansuchen an das Land gestellt. Der Wunsch nach dem Zebrastrifen wurde vom Land abgelehnt.

## Kleinregion - Gemeindezusammenlegung: Zweigleisigkeiten

Vor mehreren Wochen fand die Verbandsversammlung der Kleinregion Knittelfeld statt. Die Kleinregion umfasst alle 14 Gemeinden des ehemaligen Bezirks Knittelfeld. Dort wurde das Entwicklungskonzept für diese Kleinregion beschlossen.

**Dieses** Konzept beinhaltet viele interessante Informationen über unsere Region. Viele gute Anregungen über die künftige Entwicklung der Region werden gemacht. Die Erstellung des Konzepts hat die nicht geringe Summe von mehr als 40.000 Euro gekostet. Die Kosten wurden vom Land übernommen.

**Zuerst** hat das Land das Modell der Kleinregionen forciert. In der Steiermark wurden die verschiedensten Kleinregionen gegründet. Regionale Entwicklungskonzepte wurden um viel Geld erstellt. Nun sind plötzlich die Gemeindezusammenlegungen das Allheilmittel.

**Während** die Kleinregion 14 Gemeinden umfasst, will das Land nun die Zusammenlegung von Knittelfeld, Spielberg, Apfelberg, Rachau und Kobenz - was etwas völlig anderes ist, und wohl auch neue Konzepte erfordern würde.

**Bei** der Kleinregion behalten die Gemeinden ihre Selbständigkeit, die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen wird aber verbessert. Bei einer Gemeindezusammenlegung verlieren die Gemeinden ihre Eigenständigkeit. Das Land will die Zusammenlegungen, gibt aber immer noch Geld (unser Steuergeld) für die Kleinregion aus.

**Wir** meinen es wäre sinnvoll erst die Ergebnisse des Modells Kleinregion abzuwarten, das ja gerade erst begonnen hat. Wir sagen Ja zur regionalen Zusammenarbeit, aber Nein zu Zwangszusammenlegungen. Daher erscheint uns das Modell der Kleinregion der bessere Weg.

## Eurofighter: Korruption und Bestechung

Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hat die ÖVP/FPÖ Regierung den Kauf der Eurofighter durchgedrückt. Die SPÖ hat vor den Wahlen versprochen aus dem Kauf auszusteigen. Nachher war alles vergessen.

**Der** Kauf der Eurofighter war die größte militärische Beschaffung in der Zweiten Republik. Schon beim Ankauf gab es den Verdacht, dass hier viel Schmiergeld geflossen ist. Nun werden konkrete Personen und Firmen genannt. Auch das Projekt Spielberg taucht mit Zahlungen von zehn Millionen Euro auf.

**Über** 180 Millionen Euro sollen für Bestechungen und dubiose Gegengeschäfte geflossen sein. Unsere Region hat nur die Umweltbelastungen, von den Gegengeschäften war nichts zu spüren. Die Millionen für die Bestechungen sollen von EADS auf den Kaufpreis aufgeschlagen worden sein. Die SteuerzahlerInnen haben also nicht nur für diese Kriegsgeräte, sondern auch die Bestechungsmillionen bezahlt.

**Ob** in Bürgerinitiativen oder im Gemeinderat, die KPÖ hat immer gegen den Ankauf der Eurofighter gekämpft. Wir fordern nun volle Aufklärung, harte Strafen und Schadenersatzzahlungen.

## Mountainbikstrecke Tremmelberg: Immer noch gesperrt

Vor rund einem Jahr meinte Bürgermeister Kurt Binderbauer eine Lösung sei möglich. Doch trotz Unterschriftensammlung und Gesprächen ist das Teilstück der Alpentour über den Tremmelberg für Radfahrer immer noch gesperrt.

**Der** Tremmelberg ist ein beliebtes Naherholungsgebiet und diese Strecke erfreute sich bei Radfahrern großer Beliebtheit. Als es um das Projekt Spielberg ging, wurde in Rekordtempo das Veranstaltungsgesetz geändert. Durch eine Erhöhung der zulässigen Lärmwerte für Motorsportveranstaltungen wurde die Rennstrecke ermöglicht.

### Zweierlei Maß

**Es** gibt schon lange Initiativen für eine Gesetzesänderung um auch MountainbikerInnen den Zugang zu Forstwegen zu ermöglichen. Doch hier hat sich noch immer nichts getan.

**Wir** meinen, wenn Forststraßen - was ja fast immer der Fall ist - mit Hilfe von öffentlichen Mitteln gebaut werden, dann müssen bestimmte Forststraßen in Zusammenarbeit mit den Eigentümern, den Gemeinden, dem Naturschutz und den Tourismusverbänden auch für RadfahrerInnen geöffnet werden. Der größte Eingriff in die Natur ist sicherlich der Bau der Forststraße selbst.

### Vorsicht Kamera

**Nicht** nur, dass die Forststraße zum Leidwesen vieler Mountainbiker immer noch gesperrt ist, nun hat der Eigentümer auf einem Baum auch noch eine Kamera montiert. Nun heißt es für NaturliebhaberInnen: Vorsicht Kamera.

**Ein Bericht aus Kärnten:**

# Gemeindezusammenlegungen sind kein Allheilmittel

**Auch in Kärnten war die Begründung vor Jahren die Gleiche wie jetzt: größere Gemeinden sollten angeblich die Verwaltung vereinfachen und verbilligen. Mehr Einwohner würden zu höheren Einnahmen aus dem Finanzausgleich führen und die zahlreichen Aufgaben der Gemeinden wären in einem größeren Verbund leichter zu erledigen.**

## Abschreckendes Beispiel Kärnten

**Auch** in Kärnten gab es vor Jahren zahlreiche Zusammenlegungen. In Kärnten haben viele Gemeinden damit schlechte Erfahrungen gemacht. Einige sind deshalb zu ihrer ursprünglichen Struktur zurückgekehrt und sind wieder selbständig.

### St. Georgen im Lavanttal

**Im** Falle von St. Georgen wurden mehrere bevölkerungsschwache Gemeinden mit der Gemeinde St. Paul im Lavanttal zusammengelegt. Schon damals war eines der Hauptargumente die Schaffung einer Großgemeinde mit mehr als 10.000 Einwohnern um eine höhere Summe an Ertragsanteilen zu lukrieren.

**Nach** der Zusammenlegung wuchs die neu entstandene Gemeinde jedoch bis zur Rückgemeindung 1991 nie wirklich zusammen. Trotz der Bemühungen der gemeinsamen Verwaltung in St. Paul konnte die Infrastruktur in den eingemeindeten Gemeindeteilen nicht aufrechterhalten werden.

**Die** Außenstellen wurden nach und nach weniger besetzt, kleine Volksschulen und Kindergärten geschlossen. Aus ehemaligen Gemeindeämtern wurden Wohnungen. Das Angebot an Möglichkeiten sich zu einem geordneten Vereinsleben zu organisieren ging mangels Örtlichkeiten ständig zurück. Aber auch die gastronomische und die Lebensmittelversorgungsinfrastruktur brach ein, da sich alles nach St. Paul orientierte.

**Von** Anfang an versuchten lokale Gruppen und Initiativen dieser Entwicklung entgegenzuwirken. 1991 wurde St. Georgen wieder selbständig. Viel Steuergeld wurde nutzlos vergeudet.

### Frantschach - St. Gertraud

**Die** Marktgemeinde liegt nördlich der Bezirkshauptstadt Wolfsberg. Auch hier waren die finanziellen Gründe der Eingemeindung für das weit größere Wolfsberg vorteilhaft. Die Auswirkungen der Zusammenlegung auf die Bevölkerung wurden jedoch mit Hilfe einer Volksbefragung, die gleichzeitig mit der Gemeinderatswahl 1985 durchgeführt wurde, von 70% der Bevölkerung als negativ erachtet.

**Seit** 1996 ist Frantschach-St.Gertraud wieder eine eigene Gemeinde. Trotz der harten Anfangszeit nach

der Trennung, es gab weder ein Amtsgebäude noch Personal oder Büroinfrastruktur, da die alte Infrastruktur von vor 1972 vollständig zerschlagen war, wird der Verwaltung der nun wieder selbständigen Gemeinde von der Bevölkerung ein weitgehend positives Zeugnis ausgestellt.

### Ettendorf

**Ein** anderes Negativbeispiel ist die Eingemeindung von Ettendorf nach Lavamünd. Das hat dazu geführt, dass Ettendorf inzwischen nur mehr ein infrastrukturell ausgedünnter Ortsteil von Lavamünd ist.

## Die Kärntner Erfahrungen zeigen:

➔ Gemeindezusammenlegungen sind kein Heilmittel für die Probleme der Gemeinden. Nur mehr Geld für die Gemeinden durch einen besseren Finanzausgleich und damit mehr Mittel von Bund und Land kann die Situation verbessern. Der Bund müsste sich das Geld durch höhere Gewinn- und Vermögenssteuern holen.

➔ Gemeindezusammenlegungen schaffen weder eine straffere Infrastruktur, noch sparen sie Geld ein. Zahlreiche Untersuchungen beweisen, dass es kaum Effizienzgewinne gibt (wie auch, die Arbeit muss ja trotzdem gemacht werden), sehr wohl aber größere Strukturen einen Hang zur Bürokratisierung haben.

➔ Demokratiepolitisch fühlt sich die Bevölkerung durch die größeren Strukturen nicht mehr vertreten. Vereine und ehrenamtliche Tätigkeiten verlieren ihren öffentlichen Rückhalt, weil die Ansprechpartner verloren gehen. Es kommt zu einer Ausdünnung der Infrastruktur, sowohl im öffentlichen wie auch im privatwirtschaftlichen Bereich, weil sich alles auf den zentralen Raum konzentriert.

➔ All dies führt dann zur Abwanderung in Ballungsgebiete, was dann das ursprüngliche Ziel der Mehreinnahmen von mehr Geldern aus dem Finanzausgleich wieder zunichte macht.

➔ Eine Zusammenarbeit in Teilbereichen der öffentlichen Verwaltung ist auch ohne Eingemeindung möglich. Dies wird in zahlreichen Kommunen ja bereits praktiziert und ist von einer Zusammenlegung völlig unabhängig.

**K.D.**

# Kahlschlag in unserer Region

In Sonntagsreden wird immer von der Stärkung des ländlichen Raums geredet. In der Realität leistet die Politik kräftige Beihilfe, dass immer mehr Menschen für sich in unserer Region keine Zukunft sehen und abwandern. Die Schließung von Postämtern und Gendarmerieposten war ein Auftakt. Das traurige Lied ist offensichtlich noch lange nicht zu Ende. Nachfolgend einige Mosaiksteine der vergangenen Monate im düsteren Bild der Schwächung unserer Region. Dabei stand die Entscheidung bei drei der vier genannten Beispiele im Einflußbereich der zuständigen PolitikerInnen.

## Bezirksszusammenlegung



**Ab** 1. Jänner ist Knittelfeld nicht mehr Bezirkshauptstadt. Die Bezirke Judenburg und Knittelfeld wurden zusammengelegt. Nach der Meinung der Bevölkerung wurde nicht gefragt. Es gab keine einzige öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung.

**Mit** Jänner gab es um 6,5 Dienstposten weniger. Weitere Kürzungen werden angestrebt. Wahrscheinlich besteht für junge Menschen für Jahre hinaus keine Chance eine Anstellung auf der BH zu erhalten.

## Bezirksgericht geht nach Judenburg



**Knittelfeld** ist nicht mehr Bezirkshauptstadt. Nun wird das Bezirksgericht Knittelfeld geschlossen. Dann gibt es nur mehr in Judenburg ein Bezirksgericht. Es gibt Bemühungen wenigstens eine Expositur in Knittelfeld zu erhalten.

**Weitere** Anfahrtswege für die Bevölkerung, eine weitere Schwächung unserer Region, ein weiteres leerstehendes Gebäude, weniger Arbeitsplätze - das sind die Konsequenzen dieser Schließung.

## Steweag: Abwanderung



**Die** Steweag (zu 75 % in Landesbesitz) hat Teile ihres Services von Knittelfeld nach Leoben verlagert. Betroffen ist die Stromkundenbetreuung. Ob noch andere Bereiche folgen ist offen, steht aber zu befürchten. Die MitarbeiterInnen müssen nun nach Leoben auspendeln. Wer nun ein Anliegen hat, muss dies nun über Internet oder Telefon lösen - oder nach Leoben fahren. Vor allem für ältere Menschen ein Problem.

## Buchhandlung geschlossen



**Die** Buchhandlung Morawa hat im Herbst in Knittelfeld ihre Pforten geschlossen. Nun gibt es keine reine Buchhandlung mehr in unserer näheren Umgebung. Die nächste Buchhandlung ist in Judenburg. Wieder einmal gehen Arbeitsplätze verloren.

**Im** Jahr 1928 wurde diese Buchhandlung, zuerst Styria, dann Morawa, eröffnet. Sie hat Krisen und Kriege überstanden, nur nicht die Einkaufszentren am Stadtrand - die Konsumtempel unserer Gesellschaft - die Internetbestellungen und den „Kapitalismus pur“, wo nur mehr der Gewinn zählt.

## Sprechstunde mit Sozialberatung

mit KPÖ-StR. Renate Pacher & DSA Karin Gruber  
 KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld, Friedensstr. 10  
 Mittwoch, 12. Dez. 2012  
 9 bis 12 Uhr

## Wehrpflicht: „Neutralität statt Söldnerheer!“ KPÖ kompromisslos für Neutralität Österreichs



„Söldnerheer kommt nicht in Frage“, titelte einst die Arbeiterzeitung, das Zentralorgan der SPÖ.

**Bruno** Kreisky erteilte den Plänen, das österreichische Bundesheer in eine Berufsarmee umzuwandeln, eine Abfuhr. Heute ist es die sozialdemokratische Führung, die sich für ein Berufsheer stark macht.

**Die** Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist kein Schritt zu mehr Frieden. Sie dient dem Aufbau einer Berufsarmee, die für globale Interventionseinsätze im EU-Rahmen jederzeit abrufbar ist.

Die Berufsheer-Volksbefragung soll mithelfen die Reste unserer Neutralität zu entsorgen.

„Profitruppen“ stehen im klaren Widerspruch zur Neutralität. Die „Profis“, von denen das SPÖ-nahe Personenkomitee zur Abschaffung der Wehrpflicht schwadroniert, werden Söldner sein. Die haben dann die Aufgabe in den Militärmissionen der EU für die Profite der Banken und Konzerne zu kämpfen und zu sterben.

**Die** EU ist bestrebt sich unter der Führung Deutschlands und Frankreichs als Großmacht hochzurüsten. Ziel ist es auf militärischer Ebene mit den USA gleichzuziehen - um gut „gerüstet“ zu sein für den Kampf um Rohstoffe und Märkte. Schon jetzt ist die EU der größte Rüstungsexporteur der Welt, noch vor den USA.

**Wehrpflichtige** und Reservisten kann man nicht einfach in einen Krieg zur „Sicherheit“ von Märkten und Rohstoffen schicken. Mit einer Söldnerarmee ist das viel leichter zu bewältigen. Ebenso verhält es sich mit Einsätzen des Heeres im Inneren. Gehen Sozialabbau und Kahlschlag weiter, ist es nicht auszuschließen, dass es zu sozialen Revolten kommt. Im Februar 1934 hat das österreichische Bundesheer auf Arbeiter geschossen, die sich gegen den Sozial- und Demokratieabbau gewehrt haben. Es war eine Berufsarmee.

**Wenn** wir dazu aufrufen am 20. Jänner mit **JA zur Wehrpflicht** zu stimmen, so bedeutet das nicht, dass wir Bundesheer und Zivildienst in der bestehenden Form befürworten. In der Volksabstimmung geht es nicht um die Frage Bundesheer ja oder nein, sondern ob sich die Pläne für ein Berufsheer durchsetzen. Und ein Berufsheer ist auf keinen Fall im Interesse der arbeitenden Menschen.

„Ein Berufsheer ist der Wunsch jener Kreise, die unbedingt im Ausland Krieg spielen wollen. Und das können sie mit einem reinen Wehrpflichtigenheer natürlich nicht. Die wollen das Berufsheer, weil sie dann keine Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen müssen.“

**Eduard Paulus**, Präsident der Offiziersgesellschaft,  
Standard, 17.8.2010

## Pensionsraub

PensionistInnen werden mit einer Pensionserhöhung von 1,8 Prozent abgespeist. Die Politikergehälter werden um 1,8 Prozent steigen. Beides sei ein Beitrag zum Sparen.

**Der** „kleine“ Unterschied: Rund 1,2 Millionen ÖsterreicherInnen haben eine Pension unter der offiziellen Armutgefährdungsschwelle von 1.031 Euro. Unsere Politikerbezüge hingegen sind fürstlich. Ein Nationalratsabgeordneter bekommt 8.160 Euro, der steirische Landeshauptmann 15.504 Euro, ein Landtagsabgeordneter 5.304 Euro, brutto, 14 Mal im Jahr.

**Die** PensionistInnen werden diese schändlich niedrige Erhöhung im Geldtascherl spüren – und dabei ist die offizielle Inflationsrate nur die halbe Wahrheit. Gerade die Dinge des täglichen Bedarfs und das Wohnen haben sich überdurchschnittlich verteuert.

**Pensionen sind keine Almosen**, sondern durch Arbeit erworbene Ansprüche. Pensionskürzungen sind daher gleichzeitig als Lohnkürzungen zu betrachten. Mit der Kürzung von Pensionen wird die Altersarmut verstärkt und die Nachfrage gedämpft, was in Folge die Arbeitslosigkeit erhöht.

### Länger arbeiten - früher sterben

**Nach jüngsten Studien sinkt die Lebenserwartung sozial benachteiligter Menschen. Existenzsorgen und Stress nagen offensichtlich an der Gesundheit.**

**In** den USA ist die Lebenserwartung von Menschen mit geringer Bildung innerhalb der letzten 20 Jahre um fünf(!) Jahre gesunken. In den BRD hat die Lebenserwartung gering verdienender Männer in den letzten zehn Jahren um fast 2 Jahre abgenommen. Die EU und die politischen Eliten wollen das Pensionsalter auf 67 anheben - also von der Arbeit direkt auf die Bahre.

„Die früher sterben, sollen länger arbeiten, damit die, die länger leben, länger ihre hohen Renten und Privatvermögen genießen dürfen. Ansonsten, sagt der Sachzwang, sei das Pensionssystem nicht mehr zu retten.“

**Der Publizist Richard Schuberth**  
im Standard vom 5.10.2012